



Fluglärm in Tegel 2

Interview mit der Bürgerinitiative

Ein Kandidat für Europa 3

Der Friedensforscher Tobias Pflüger

Es reicht! 500 000 mal „Nein!“ zu dieser Politik

Die Losung „Aufstehen! Damit es besser wird!“ war und ist richtig – aber bitte nicht gleich wieder hinsetzen, Herr Sommer, Herr Bsirske und Herr Peters! Die Forderungen von Westerwelle, Stoiber, Koch und Co. nach Zerschlagung der Gewerkschaften werden ohnehin immer dreister zugespielt.

Aber Deutschland und Europa sind in Bewegung. Soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit ist das Maß, an dem Reformen zu messen sind.

Entgegen der immer wieder von neoliberalen Wort- und Meinungsführern in die Welt gesetzten und durch die Medien willig transportierten Legenden: Machbare und realistische Alternativen liegen längst auf dem Tisch!

Die „Agenda sozial“ der PDS enthält schlüssige Vorschläge, um die unbestritten notwendigen Reformen in der Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik sozial gerecht zu gestalten.

Kompetente und unabhängige Wirtschaftswissenschaftler, Gewerkschaften, Sozialverbände und - nicht zuletzt - Globalisierungskritiker wie attac haben längst nachgewiesen: Dieser politische Kurs ist nicht alternativlos!

Nur die politische Arroganz und Ignoranz vor allem der neoliberalen Großen Koalition im Deutschen Bundestag verhindern bisher eine breite öffentliche und auch ehrliche Diskussion verschiedener Vorschläge.

Jürgen Schimrock



Auf Wiedersehen am 1. Mai!

Aufgestanden sind eine halbe Million Menschen in Deutschland, mehrere Millionen in ganz Europa. Sie alle forderten eine gerechte Politik anstatt Umbau der Sozialsysteme auf Kosten von Erwerbslosen, Rentnern, Kranken und Kindern.



Fotos:
Horst Jusch

Nachtflugverbot praktisch mit dauernder Ausnahmeregelung

Die BVV hat auf ihrer März-Tagung einstimmig einem Antrag von Renate Herranen zugestimmt, der dem Bezirksamt empfiehlt, sich erneut bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für eine strikte Einhaltung des Nachtflugverbotes am Flughafen Tegel zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr einzusetzen. WiR sprach mit einem Vertreter der Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz auf Stadtflughäfen.

Wie wird das Nachtflugverbot in Tegel eingehalten?

Es gibt kein Nachtflugverbot! Es gibt Betriebsbeschränkungen in unterschiedlicher Schärfe. Zwischen 22.00 Uhr und 23.00 Uhr gibt es Beschränkungen, die man als „Dauer- ausnahmegenehmigung“ bezeichnen kann. Jeder kann laden und starten, wann er will. Zwischen 23.00 Uhr und 24.00 Uhr müsste die zuständige Senatsverwaltung jeden Start und jede Landung einzeln genehmigen und nachfragen, ob die Unabwendbarkeit tatsächlich gegeben ist. Meist begründen die Fluggesellschaften die Verspätungen mit „ATC“ (air traffic control). Tegel – für 5 Mio Passagiere pro Jahr konzipiert – platzt mit über 11 Mio Passagieren aus allen Nähten.



Kann der Senat die Entwicklung nicht beeinflussen?

Er könnte, wenn er wollte. Durch eine entsprechende Verkehrsaufteilung könnte der Verkehrsdruck auf Tegel verringert werden. Nur, der Verkehrssenator Strieder und seine Verwaltung wollen nicht und schieben den „Schwarzen Peter“ zur Bundesregierung, um inzwischen weiter in den Ausbau des Flughafens zu investieren - zum Schaden der Bürger. Die Bundesregierung wiederum sagt korrekt, dass sie nicht zuständig ist.

Wie sicher ist der Flughafen?

So sicher wie jeder andere in Deutschland auch. Einmalig aber ist die dichte Bebauung unter den sogenannten Ab- und Anflugvektoren. Es gibt praktisch keine Flächen, die im Falle einer Havarie eines Flugzeugs als Notlandegebiet geeignet wären. (Etwa 70 Prozent aller Unfälle geschehen in der An- und Abflugphase, zwei bis drei km vom Start und Landepunkt entfernt). Unter den An- und Abflugrouten liegen dichtbebaute Wohngebiete, Kitas, Krankenhäuser, Tankstellen und das Lager des „Deutschen Brandtweinmonopols“ mit ca. 30 Mio Liter Spirit.

Ist es nicht widersinnig, Millionen für ein neues Parkhaus zu investieren, wenn der Flughafen in Tegel 2010 geschlossen werden soll?

Der ganze Flughafen Tegel ist widersinnig und würde auch in dieser Form nie mehr so gebaut werden.

WiR dokumentiert

Auswirkungen der Gesundheitsreform

Der Gesundheitsausschuss und der Sozialausschuss der BVV beraten in einer gemeinsamen Sitzung (in Form einer Anhörung) noch im 1. Halbjahr 2004 über die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf den Bezirk Reinickendorf. Dazu sind der Sachverstand und die Erfahrung von Fachleuten aus dem Gesundheitswesen des Bezirkes, der Kassen-

ärztlichen Vereinigung, von Ärzten, Pflegediensten, Patienten und anderen interessierten Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Bei der Anhörung soll jede Fraktion das Recht haben, einen Experten ihrer Wahl zu benennen und einzuladen.

Begründung:

Die ersten Schritte der Gesundheitsreform (Erhebung der Praxisgebühr, neue Zuzahlungsregelungen u.a.) haben zu einer enormen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes, vor allem der chronisch Kranken, Geringverdienenden, Rentner, Frau-

26. Sitzung, 10.3.04

In einem Dringlichkeitsantrag (DA) aller Fraktionen und der Einzelverordneten Renate Herranen werden der Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin aufgefordert, „die in der Verfassung verbrieften Aufgaben der Bezirke nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung zu beachten.“ Hintergrund ist die Befürchtung einer weiteren Zentralisierung von Aufgaben, die bisher der kommunalen Selbstverwaltung zufallen, z.B im Baurecht oder bei der Verwaltung nichtprivatisierter Kitas.

Die BVV beschloss einstimmig mit einer Ergänzung durch die SPD einen von Renate Herranen eingebrachten DA zu den **Auswirkungen der Gesundheitsreform auf den Bezirk Reinickendorf** (s. unten).

Renate Herranen ergriff in der Debatte zu einer Großen Anfrage (GA) der SPD über Pläne zur **Umgestaltung der Greenwichpromenade** das Wort. Die CDU- Fraktion gab der Bürgermeisterin mit einer weiteren GA die Gelegenheit, ihre Position zu den **bezirklichen Ordnungsämtern**, fälschlich als Kiez-Polizei bezeichnet, darzulegen.

Auf die mündliche Anfrage (MA) von Renate Herranen nach den Gründen für 5 531 zum 31.1.2004 **unerledigte Wohngeldanträge** in Reinickendorf antwortete Bezirksstadtrat Dr. Wegner (CDU): Von 2001 bis 2003 sind die Anträge von gut 16.000 auf fast 20.000 gestiegen. Seit Anfang Februar werden auf freiwilliger Basis im Wohnungsamt Überstunden gemacht, auch samstags. Einen Grund dafür sieht der Stadtrat in der Freistellung von der Zuzahlung zu Lernmitteln für Familien, die Wohngeld beziehen.

J.Sch./K.G.

en und Kinder geführt. Mit den 2005 folgenden Neuerungen werden weitere beträchtliche finanzielle Belastungen hinzukommen, die sich - das ist absehbar - auf die soziale und gesundheitliche Situation im Bezirk negativ auswirken.

Die vorgeschlagene Anhörung kann dazu beitragen, Informationen über die anstehenden Neuregelungen zu vermitteln. Gleichzeitig können die im Gesundheits- und Sozialbereich des Bezirkes Tätigen und Verantwortlichen Anregungen erhalten, wie den Auswirkungen begegnet werden kann.

Die PDS ... lehnt die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen ab. Deshalb wendet sie sich entschieden dagegen, dass der zivile Charakter der europäischen Integration aufgegeben wird. Politischer und diplomatischer Dialog, finanzielle, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, die Unterstüt-

zung nichtstaatlicher Organisationen, eine aktive Menschenrechtspolitik und Engagement für internationale Zusammenarbeit zur Überwindung sozialer und ökologischer Probleme - das sind die politischen Instrumentarien, auf die die EU setzen muss.

Aus dem PDS-Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004

Europas Stärke und Ansehen beruhen auf dem zivilen Ansatz

Antworten aus Interviews mit Tobias Pflüger

Hat die Friedensbewegung gemeinsam mit den welt- und europaweiten sozialen Bündnissen eine Chance gegen Militarisierung und ihre sozialen Folgen?

Der Hauptansatz von Friedens-, Antikriegs- und globalisierungskritischen Bewegungen weltweit muss es sein, zuerst gegen das Agieren der eigenen Regierung und dann gegen das Agieren aller westlichen Regierungen politisch vorzugehen. Die inhaltliche Hauptaufgabe hierzulande muss es meiner Ansicht nach sein, den Zusammenhang deutlich zu machen: Das Sozialabbauprogramm Agenda 2010 habe, so sagte Schröder 2003, direkt etwas zu tun mit dem, was er „Emanzipation Europas“ nennt, sprich der Herausbildung einer Militärmacht Europäische Union: Sozialabbau und Militarisierung, neoliberale und neoimperiale Politik sind also zwei Seiten einer Medaille.

Im EU-Verfassungsentwurf soll eine Aufrüstungsverpflichtung festgeschrieben werden, um die Streitkräfte zu flexiblen mobilen Einsatzkräften umzubauen?

Inzwischen hat sich in Deutschland und vielen anderen EU-Staaten eine Bewegung gebildet „Gegen diese EU-Verfassung - für ein Europa, das sich dem Krieg verweigert“.

Wie stehen die Chancen, Europa auf zivile Krisenprävention einzuschwören?

Ein Problem ist die Vermischung ziviler und militärischer Komponenten. So werden alle friedlichen Mittel der Krisenbereinigung im Grunde genommen diskreditiert. Es muss uns also darum gehen, zu verhindern, dass die EU eine militärische Komponente bekommt und die weiter ausbaut.

Die Stärke der Union bei der Beseitigung politischer und humanitärer Krisen war bislang der zivile Ansatz. Deshalb war sie in vielen Regionen der Welt so geachtet. Wenn man jetzt jedoch ein Militärsystem aufbaut, das überall dort eingreift, wo die USA nicht können oder wollen, wäre das eine Katastrophe und es kämen jene zum Zuge, die derartige Pläne schon lange in der Schublade haben. Das ist weder gut für Europa noch für die Welt.

Parteilos auf PDS-Liste



Tobias Pflüger, Jahrgang 1965, Politikwissenschaftler und Friedensforscher, PDS-Liste, Platz 4: „Ich arbeite für meinen Traum vom friedlichen Europa“

Tobias Pflüger studierte Politikwissenschaft und Empirische Kulturwissenschaft in Tübingen und ist seit den 80er Jahren aktiv in der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung. Von 1989 bis 1993 war er persönlicher Mitarbeiter einer grünen Abgeordneten im Landtag Baden-Württemberg für die Bereiche Anti-Atom, Energie und Friedenspolitik. 1996 gründete er die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Er ist Mitglied in der Redaktion der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“.

Seit Ende 2002 ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac und hielt Referate bei den Europäischen Sozialforen in Florenz (2002) und Paris (2003) sowie beim Weltsozialforum in Mumbai (2004). Tobias ist aktives Mitglied in der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen).

Mehr Informationen zur Person Tobias Pflüger, seinen Veröffentlichungen, Reden und Engagements unter:

www.attac.de

www.dfg-vk.de

www.bund.net

www.vvn-bda.de

www.imi-online.de

PDS-Kandidatenliste zur Europawahl

1. Sylvia-Yvonne Kaufmann (Sachsen, Berlin)
2. Helmuth Markov (Brandenburg)
3. Gabi Zimmer (Thüringen)
4. Tobias Pflüger (parteilos)
5. Sahra Wagenknecht (Berlin)
6. André Brie (Mecklenburg-Vorpommern)
7. Feleknas Uca (Niedersachsen)
8. Helmut Scholz (Brandenburg)
9. Anja Laabs (Brandenburg)
10. Keith Barlow (Großbritannien, Sachsen)
11. Wenke Christoph (Brandenburg)

12. Sepp Obermeier (Bayern)
13. Juliane Nagel (Sachsen)
14. Ilja Seifert (Sachsen)

ErsatzkandidatInnen

1. Juliane Nagel (Sachsen)
2. Jan Korte (Niedersachsen)
3. Wenke Christoph (Brandenburg)
4. Felix Pithan (Nordrhein-Westfalen)
5. Anja Laabs (Brandenburg)
6. Sascha Wagener (Luxemburg, Berlin)
7. Anna-Lena Orłowski (Nordrhein-Westfalen)
8. Yavuz Fersoglu (Hamburg)

Fest am Stolper Stein?

100 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Deutschland

Im Oktober 2004 jährt sich zum hundertsten Mal der Beginn der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland. Vor fast 50 Jahren, im Oktober 1954, so ist es durch Zeitzeugen belegt, wurde ein Gedenkstein mit Inschrift eingeweiht.

Ausgewählt wurde damals ein Platz im Wald bei Stolpe im Berliner Norden, an dem sich ca. 2000 Jugendliche am 5. Mai 1918 trafen, um den hundertsten Geburtstag von Karl Marx zu feiern und gegen den Krieg zu protestieren: „Macht es wie die Russen! Nieder mit dem Krieg!“

Gefeiert wurde auch schon im Jahr 1968, und seit 1992 gab es immer wieder Aktivitäten der Mai-Komitees in Hohen Neuendorf, Birkenwerder und Hennigsdorf - und seit 2002 vom bezirksübergreifenden Arbeitskreis B96 und B96a in und bei der PDS.

Anlässlich des anstehenden runden Jubiläums der Steinsetzung sollen nun das unmittelbare Umfeld verschönt und die Erinnerung an die historischen Ereignisse wiederbelebt werden.

Am Samstag, dem 8. Mai 2004, ab 11.00 Uhr, ist nun ein „Subbotnik“ des Arbeitskreises B96 mit linken Jugendorganisationen und Interessierten in Verbindung mit kleinen Ansprachen und anschließendem Fest vor Ort geplant. Kennenlernen, Austausch, Diskussionen und - nicht zuletzt - es soll gefeiert werden.

Es soll und kann wieder einmal eine Brücke zwischen Geschichte und Gegenwart, Jung und Alt, Tradition und Neuem geschlagen werden. Wenn gegenseitiges Verständnis zunehmen, vielleicht Gemeinsamkeiten ausgemacht werden, wäre viel gewonnen.

Flagge gezeitigt! PDS-Landesparteitag votierte gegen das Studienkontenmodell

Der Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf begrüßt die Ergebnisse der 2. Tagung des 9. Landesparteitages der Berliner PDS. Er dankt den Delegierten der PDS Reinickendorf Klaus Rathmann und Renate Herranen für deren Votum auf dem Parteitag.

Der Bezirksvorstand hatte sich vorher einstimmig gegen das Studienkontenmodell ausgesprochen, weil es Studiengebühren nicht verhindert, sondern den Weg zu ihnen freigemacht hätte. Bildung ist nach unserer Auffassung eines der Güter, die nicht auf dem Altar der Marktwirtschaft geopfert und einer neoliberalen Politik mit ihren unsozialen Folgen unterworfen werden dürfen. Wir folgen damit dem Grundsatz unseres neuen Parteiprogramms, das „eine fortschreitende soziale Auslese durch die Einführung von Studiengebühren in allen ihren Formen“ ablehnt.

In unserer Position sehen wir uns durch eine überdeutliche Mehrheit des Parteitages bestärkt, die offenbar nicht bereit war, eine weitere Zumutung hinzunehmen, die die rot-rote Regierungspolitik in Berlin noch weiter von den Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler hinweg geführt hätte.

Der Bezirksvorstand hofft, dass der Landesvorstand der Berliner PDS und die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin das Votum des Landesparteitages nicht nur für einen vermeidbaren Verkehrsunfall halten, sondern als Anregung zum Nachdenken über notwendige Veränderungen in Inhalt und Form unseres Wirkens in der Berliner Koalition nutzen.

Am Rande Das Bezirksamt hat einen Plan

Die Bezirksverordnete Renate Herranen hatte Dezember vorigen Jahres in einer Großen Anfrage u.a. das Bezirksamt gefragt, ob es nicht geboten sei, ähnlich wie in den Bezirken Pankow und Lichtenberg einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln. Hintergrund waren Informationen über das Auftreten einer Kameradschaft Reinickendorf im Internet und über die Versuche Rechtsradikaler, sich mehr in Berliner Kiezen zu etablieren

Bezüglich des Aktionsplanes gegen rechts waren noch eine Mündliche Anfrage und eine Nachfrage nötig, bis Frau Bürgermeisterin Wanjura sich knapp äußerte: Nein, man brauche Derartiges nicht, das Bezirksamt habe einen Plan und tue das Notwendige.

Über den Plan des Bezirksamtes sagte Frau Wanjura nicht allzuviel. Aber ein Unterschied zu den Aktionsplänen von Pankow und Lichtenberg springt ins Auge: diese stellten von vornherein Öffentlichkeit her. Alle interessierten gesellschaftlichen Akteure und Bürger waren eingeladen, ihre Beobachtungen und Schlussfolgerungen einzubringen. Sie verständigten sich über konkrete Erscheinungsformen von offenem und verdeckten Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus im bezirklichen Alltag. Sie erörterten, wie jede Einrichtung und möglichst jeder Bürger sich zweckmäßig dazu verhalten sollte.

Es ist sicher beruhigend, dass das Reinickendorfer Bezirksamt einen Plan hat. In Pankow und Lichtenberg haben ihn außerdem noch die Bezirksverordneten und viele Bürger. Zumindest ist das demokratischer.

Jochen Eser

Termine

15.4.2004, 15.00 Uhr im „Roten Laden“: „DDR-Kultur - Realität oder Vision? Was war? Was bleibt?“ - Veranstaltung der VVN Reinickendorf mit Prof. Dr. Dietrich Mühlberg.

17.4.2004, 14.00 Uhr im „Roten Laden“: „Halbzeit! Die PDS in Reinickendorf-woher? Wohin?“ - öffentliche Mitgliederversammlung der PDS Reinickendorf mit Renate Herranen, Einzelverordnete in der BVV, zur Bilanz zweieinhalb Jahre nach der BVV-Wahl.

Mehr Infos zum Fest und Subbotnik im Roten Laden oder unter www.pds-reinickendorf.de

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht:
PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de

internet:
www.pds-reinickendorf.de